

BLITZ-BRIEFING:

FORMELKOMPROMISS DER AMPEL

ZUM BUNDESHAUSHALT 2024

Leitungs- und Planungsstab des Fraktionsvorsitzenden,

14. Dezember 2023

I. Sachverhalt

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Zweiten Nachtragshaushalt 2021 sind mehr als vier Wochen vergangen. Da die Ampel sich in keiner Weise auf dieses Urteil vorbereitet hatte, folgten der Karlsruher Entscheidung wochenlang, in der Öffentlichkeit ausgetragene Debatten innerhalb der Bundesregierung. Nunmehr haben sich Bundeskanzler Scholz, Bundesfinanzminister Lindner und Bundeswirtschaftsminister Dr. Habeck auf einen Formelkompromiss verständigt.

Um die Fehlbeträge von 17 Mrd. Euro im Bundeshaushalt 2024 und von knapp 13 Mrd. Euro im Klima- und Transformationsfonds zu schließen, soll ein Sammelsurium an Maßnahmen greifen. Dieses umfasst

- eine Reduzierung von Subventionen (genannt wurden die Steuerermäßigungen Agrardiesel sowie die Kfz-Steuerbefreiung Land- und Forstwirtschaft sowie der Absenkmekanismus Luftverkehrsabgabe),
- den Abbau von Förderprogrammen in den Bereichen Verkehr und Bau (insbesondere E-Auto-Prämie und Solarförderung),
- Ausgabenkürzungen in den Bereichen des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr, des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz sowie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Dabei soll es um die Hebung von „Effizienzrenditen“ gehen, nicht um Standardabsenkungen. Insbesondere sollen mehr ukrainische Flüchtlinge „in Arbeit“ gebracht werden.

Zugesagte Mittel für die Deutsche Bahn sollen nicht mehr – wie geplant – aus dem Klima- und Transformationsfonds finanziert werden, sondern über Privatisierungserlöse.

Darüber hinaus prüft die Ampel einen „Überschreitungsbeschluss“ – eine verschleiende Formulierung für einen Notlagenbeschluss zur Aussetzung der Schuldenbremse – für die Aufbauhilfe Ahtal 2024 mit 2,7 Mrd. Zusätzlich wurde

angekündigt, dass – sofern die Lage in der Ukraine dies erfordert – nachträglich eine Notlage zur Aussetzung der Schuldenbremse erklärt werden könnte.

II. Unsere Position und Sprachregelung

Die Pläne der Ampel für den Bundeshaushalt 2024 sind ein fragwürdiger Kompromiss der Ampel, der der Regierung allenfalls Zeit verschafft über den Jahreswechsel. Die Bürgerinnen und Bürger hatten nach wochenlangen Diskussionen einen großen Wurf erwartet. Statt einer echten Prioritätensetzung bei den Ausgaben – Stichworte Bürgergeld, Kindergrundsicherung und Gebäudeenergiegesetz – sollen zur Haushaltskonsolidierung über den Bundeshaushalt Kleinbeträge eingesammelt und Steuererhöhungen durchgesetzt werden.

Die Menschen in Deutschland warten auf einen Plan von Bundeskanzler Scholz, wohin er das Land mit seiner Regierung in den verbleibenden zwei Jahren dieser Wahlperiode führen will. Dem wird der vorgestellte Kompromiss in keiner Weise gerecht. Die Bürgerinnen und Bürger fordern jetzt klare Entscheidungen in Fragen von Wirtschaft, Migration und Verteidigung.

Die vorgestellte „Einigung“ ist als Einstieg in eine absehbar erweiterte Notlagenerklärung 2024 zur erneuten Aussetzung der Schuldenbremse zu werten. Die Ampel unternimmt ein durchschaubares Manöver: Die Lage in der Ukraine soll als Begründung angeführt werden, um das eigene Unvermögen zur Aufstellung eines soliden Bundeshaushalts zu überdecken.

Die finanzielle Situation ist ernst. Doch die Haushaltsprobleme werden durch die vorgestellten Pläne der Ampel nicht gelöst. Um Deutschland voran und den Bundeshaushalt wieder auf Kurs zu bringen, braucht es eine klare Prioritätensetzung auf der Ausgabenseite. Wir fordern: Die Haushaltstäuschungen und -tricksereien der Ampel müssen endlich ein Ende haben.

Falls Rückfragen bestehen oder Sie in den E-Mailverteiler des Blitz-Briefings aufgenommen werden möchten, schreiben Sie gerne eine E-Mail an blitzbriefing@cducsu.de.